

es drei Funktionen erfüllt: Es flankiert *erstens* akzessorisch das Verbot unmittelbarer Diskriminierung, indem es dessen Umgehung durch Verwendung von Stellvertretermerkmalen verhindert. Mittels Beweislastumkehr überträgt das Verbot mittelbarer Diskriminierung *zweitens* die Klärung der Intentionalität unmittelbarer Diskriminierung der diskriminierungsverdächtigen Partei. Eine originäre transformatorische Funktion gewinnt das Verbot mittelbarer Diskriminierung schließlich *drittens* dort, wo die genuine Frage nach den unterschiedlichen Auswirkungen neutraler Regelungen und Praktiken auf verschiedene Personengruppen in rechtlicher Form gestellt werden kann. In dieser dritten Funktion manifestiert sich ein materiales Gleichheitsverständnis mit potenziell weitreichenden Konsequenzen.

Neben den Diskriminierungsverboten zähle ich auch die angemessenen Vorkehrungen zum reaktiven Diskriminierungsschutz. *Reasonable accomodation* erfordert eine Anpassung der bestehenden Verhältnisse an besondere Bedürfnisse, zum Beispiel die behindertengerechte Ausstattung eines Arbeitsplatzes oder eine Feiertagsregelung, die verschiedenen Glaubensrichtungen Freiräume gibt. In dieser Figur verwirklicht sich besonders deutlich ein materiales Gleichheitsverständnis, weil sie zur Vermeidung einer mittelbaren Diskriminierung individuelle Anpassungsmaßnahmen erfordert, um den konkreten Bedürfnissen einer Person entgegenzukommen.

Während also reaktiver Diskriminierungsschutz Einzelnen ermöglicht, gegen Diskriminierung vorzugehen, ist Gleichstellungs-

recht auf die Veränderung der Verhältnisse gerichtet. Das proaktive Gleichstellungsrecht kennt eine große Vielzahl von Fördermaßnahmen; besonders umstritten sind Bevorzugungsregeln, etwa Quotenvorgaben zugunsten bislang benachteiligter Personengruppen.

Ohne hier in die Einzelheiten gehen zu müssen, möchte ich festhalten, dass Gleichstellungsmaßnahmen bewusste politische Entscheidungen voraussetzen, nun bestimmte Personengruppen aktiv zu fördern, damit die angestrebte Gleichheit bereits schneller erreicht wird, als dies der Fall wäre, wenn lediglich reaktiv Diskriminierung verboten ist und abgewartet wird.

Das erklärt, warum wir im Deutschen Juristinnenbund e.V. als ungeduldige Feministinnen sowohl in der Wirtschaft als auch in Parlamenten und öffentlichen Gremien Vorgaben zur Beteiligung von Frauen fordern: Es soll endlich eine politische Entscheidung geben für strukturelle demokratische Gleichheit und Gleichberechtigung!

Meine Überzeugung ist nun: Wir brauchen beides: Einzelne, die sich reaktiv gegen Diskriminierung wehren und damit immer auch für andere von solchen Diskriminierungen Betroffene kämpfen, und Gleichstellungsmaßnahmen, weil ich persönlich sehen möchte, dass die Verhältnisse in unserer Demokratie sich rasch ändern.

Das Antidiskriminierungsrecht, so hoffe ich gezeigt zu haben, ist ein wichtiges Mittel zur Verwirklichung demokratischer Inklusion.

Vielen Dank!

DOI: 10.5771/1866-377X-2022-1-17

Räume eröffnen – Ressourcen mobilisieren

Beitrag zum Panel „Opening Spaces – Öffnung von Räumen für eine feministische Zivilgesellschaft“

Dr. Helga Lukoschat

Politikwissenschaftlerin und Vorstandsvorsitzende der EAF Berlin, Berlin

Zivilgesellschaftliche Organisationen spielen eine entscheidende Rolle um soziale, kulturelle, wirtschaftliche und politische Veränderungsprozesse auf den Weg zu bringen. Sie haben eine seismographische Funktion, nehmen Probleme wahr und tragen diese frühzeitig in die Öffentlichkeit. Dadurch beeinflussen sie den gesellschaftlichen Diskurs und bauen Handlungsdruck gegenüber der Politik auf. Nicht zuletzt beobachten sie gesellschaftliches und politisches Handeln und mahnen an, wenn Entwicklungen stagnieren oder gar Rückschritte drohen. Die kritischen Einflussmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Organisationen auf politische und gesellschaftliche Entwicklungen sind daher immer auch ein Gradmesser für die Stärke einer Demokratie.

Was also kann getan werden, um die Handlungsfähigkeit der Zivilgesellschaft zu gewährleisten bzw. zu stärken? In vielen Ländern dieser Erde beobachten wir *Shrinking Spaces* für die Selbstorganisation von gesellschaftlichen Gruppen. Wie sieht

es in Deutschland aus? Vor welchen Herausforderungen stehen insbesondere die Verbände, Vereine oder Initiativen von Frauen? Was können diese ihrerseits tun um mehr Einfluss auf politische Prozesse zu gewinnen? Wie können aber auch staatlicherseits die Rahmenbedingungen verbessert werden?

Die Ausgangslage

Politik und Parteien sind in Deutschland mehr denn je auf die Auseinandersetzung und auf den Austausch mit der Zivilgesellschaft wie auch auf deren Expertise angewiesen. Die Gesellschaft durchläuft mit Globalisierung und Digitalisierung dynamische Veränderungsprozesse und differenziert und pluralisiert sich zugleich immer stärker. Was heißt dies für Interessenspolitik? Zunächst: Das korporatistische Modell der alten Bundesrepublik West mit wenigen aufeinander eingespielten Akteuren der Interessensvertretung, in der Regel männlich geprägt, ist seit langem passé. Das hat aus gleichstellungspolitischer Perspektive vor allem positive Seiten. In den vergangenen Dekaden wurden wichtige Erfolge auch deshalb erstritten, weil die Stimmen von Frauen – in ihrer Vielfalt – aus dem gesellschaftlichen bzw. politischen Diskurs nicht mehr wegzü-

denken sind. Wir blicken zudem auf eine vielgestaltige Landschaft an Organisationen sowie an Artikulations- bzw. Aktionsformen.

Der Deutsche Juristinnenbund e.V. (djb) will dabei insbesondere die Rolle der *feministischen Zivilgesellschaft* beleuchten. Angesichts der Vielfalt feministischer Strömungen ist eine allseits akzeptierte Definition von Feminismus dabei sicherlich nicht möglich und vielleicht auch nicht wünschenswert. Für mich geht es bei Feminismus, so viel an dieser Stelle, um die Überwindung diskriminierender Strukturen, einengender Rollenstereotype und letztlich der historisch und kulturell tief verankerten Abwertung und Marginalisierung aufgrund des Geschlechts. Feminismus und feministisches Engagement ist daher vor allem ein Versprechen auf mehr Freiheit: Nicht allein für Frauen, sondern für alle Geschlechter. Und ein Versprechen auf mehr Gerechtigkeit im Sinne gleicher Teilhabe- und Verwirklichungschancen.

Doch wie steht es aktuell um den Einfluss dieser *feministischen Zivilgesellschaft* tatsächlich? Wie gut können sich diese Organisationen in der politischen Arena Gehör verschaffen, auch im Vergleich zu anderen gesellschaftlichen Akteuren wie beispielsweise aus der Wirtschaft oder auch im Vergleich zu manchen Umweltverbänden?

Dies möchte ich kurz in zwei Perspektiven diskutieren: in einer Innensicht mit der Frage nach der Bündnisfähigkeit der *feministischen Zivilgesellschaft* und der Außensicht mit der Frage der Rahmenbedingungen mit Blick auf zeitliche und materielle Ressourcen.

Handlungs- und Bündnisfähigkeit

„Wir brauchen mehr Mandate, doch wir brauchen auch mehr Macht“, so lautete ein Diktum der ehemaligen Bundestagspräsidentin *Rita Süßmuth* vor vielen Jahren. Diese Aussage hat nichts von ihrer Gültigkeit verloren. Es geht nicht nur um die Anzahl von Posten und Positionen, ob in Aufsichtsräten, Vorständen oder in politischen Ämtern und Mandaten, sondern vor allem auch um Wirkungsmächtigkeit, um den Einfluss, der damit verbunden ist.

Denn wie entsteht Macht? Im Sinn des positiven Machtbegriffs von *Hannah Arendt*: durch gemeinsames Handeln. Der- bzw. diejenige hat Macht, die von anderen ermächtigt ist, in ihrem Namen zu sprechen und zu handeln. Doch das gemeinsame politische Handeln von Frauen ist voraussetzungsfull. Solidarität unter Frauen ist nicht einfach gegeben und stellt sich auch nicht von selbst ein.

Frauen sind unterschiedlich: bezüglich ihre sozialen Lage, ihres Einkommens, ihrer Lebensformen, ihrer Religionszugehörigkeit, ihrer ethnischen Herkunft und Hautfarbe, ihrer Körperformen und sexuellen Identität und nicht zuletzt hinsichtlich ihrer politischen Überzeugungen. Insgesamt ist das Bewusstsein für die Unterschiede und für unterschiedliche Diskriminierungserfahrungen deutlich geschärfter als früher, auch dank zahlreicher neuer Organisationen und Initiativen, die die gesellschaftliche Realität der Mehrfachdiskriminierung auf die politische Agenda gesetzt haben.

Zudem erleben wir seit einiger Zeit unterschiedliche Organisations- und Artikulationsformen im politischen Raum. Es gibt die traditionellen Frauenorganisationen, die gleichsam noch aus der ersten Frauenbewegung stammen oder in der unmittelbaren Nachkriegszeit gegründet worden sind. Diese verstehen sich nicht unbedingt als feministisch, spielen gleichwohl eine wichtige Rolle

für Frauen- und Gleichstellungspolitik. In den letzten Jahren sind einer Reihe neuer Netzwerke entstanden, u.a. im Bereich der Wirtschaft, die den persönlichen Austausch und die gegenseitige Unterstützung in den Vordergrund stellen, gleichwohl auch zu einem Kulturwandel in Unternehmen beitragen. Mit der Digitalisierung und den sozialen Medien entstand der Netzfeminismus; wir erleben eine neue Form des Aktivismus und wirkungsvolle weltweite Kampagnen, wie u.a. bei #metoo. Schließlich gibt es seit geraumer Zeit Organisationen und Initiativen mit einem intersektionalen und/oder antirassistischem Anspruch.

Wie lässt es sich unter diesen Voraussetzungen gemeinsam handeln? Und, etwas grundsätzlicher gefragt: können und wollen wir es überhaupt? Ist die Unterschiedlichkeit nicht auch eine Stärke, die Spezialisierung auf bestimmte Themen, Aktionsformen und Zielgruppen nicht wirkungsvoller? Oder ist doch sinnvoll zu bestimmten gesellschaftlichen Problemen gemeinsame Forderungen zu entwickeln? Gegenwärtig erscheint es mir so, dass vor allem im Bereich des Schutzes vor sexualisierter Gewalt Bündnisse möglich sind und Wirkung entfalten. In jedem Fall ist die Verständigung auf gemeinsame Forderungen, die Suche nach dem gemeinsamen Dritten, ein anspruchsvolles Projekt. Sich dies einzugestehen, ist vielleicht schon ein erster, wichtiger Schritt.

Fehlende Ressourcen

In vielen Ländern dieser Erde stehen die zivilgesellschaftlichen Organisationen von Frauen vor enormen Problemen und sind zum Teil massiven Repressionen ausgesetzt, wie zuletzt in Belarus zu beobachten. In Deutschland braucht es zwar deutlich weniger Mut, um sich für Gleichberechtigung und Demokratie zu engagieren, doch auch hier gibt es Herausforderungen. Zivilgesellschaftliches Engagement erfordert Energie und Kraft – gerade auch, wenn es um das Schmieden von Bündnissen geht. Und es erfordert Zeit und Geld.

Zeit und Geld sind wiederum die Ressourcen, über die Frauen in unserer Gesellschaft so viel weniger als Männer verfügen. Dies spiegelt sich nicht zuletzt in den Budgets wider, die für Gleichstellungspolitik im Bundeshaushalt ausgegeben werden. Die Abteilung Gleichstellung im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erhält nur ein Bruchteil dessen, was in anderen Bereichen ausgegeben wird.

Was die materielle Seite anbetrifft, haben es die großen Verbände möglicherweise leichter. Aufgrund hoher Mitgliederzahlen können sie sich aus eigener Kraft organisieren und hauptamtliche Strukturen aufbauen. Für andere, neue oder kleinere Initiativen, die jedoch oft die sozialen Innovationen vorantreiben, die kritischen Fragen stellen, die für die Weiterentwicklung von Gesellschaft und Demokratie wichtig sind, stellt sich die Situation anders dar. Sie benötigen deutlich mehr Unterstützung, Förderung und entsprechende Strukturen.

Diesen Diskussionsbeitrag möchte ich mit einigen kurzen Hinweisen abschließen, was politisch getan werden und an welchen Stellen der djb mit seiner spezifischen Expertise gefragt ist.

Konkrete Schritte

Für die ehrenamtliche Tätigkeit in den kommunalen Vertretungen, in den Stadt- und Gemeinderäten, gibt es Freistellungsrege-

lungen und Aufwandsentschädigungen. Diese gehen zwar nicht weit genug, aber dennoch: Warum nicht über mehr und präzisere Freistellungsregelungen für zivilgesellschaftliches Engagement insgesamt nachdenken? Denn diese leistet, wie anfangs beschrieben, einen zentralen Beitrag für die Gesellschaft.

Ließe sich etwa ein Fonds einrichten, aus dem auch Einkommensverluste für zivilgesellschaftlich Tätige ausgeglichen werden könnten? Letztlich geht es um Bedingungen, in denen ein Dreiklang aus beruflichem, familiären und zivilgesellschaftlichem Engagement möglich ist. Denn vor allem für Frauen sind die Hürden, diesen Dreiklang zu verwirklichen, unter der gegebenen Aufgaben- und Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern um vieles höher.

Mit Blick auf die Arbeitsweise von zivilgesellschaftlichen Organisationen ist u.a. das Gemeinnützigkeitsrecht in den Fokus zu nehmen. Organisationen mit politischen Anliegen dürfen nicht herausfallen. Versuche die Gemeinnützigkeit auf karitative

und soziale Anliegen einzuengen, sind entschieden abzuwehren. Dass sich das als gemeinnützig anerkannte Engagement zu politischen Themen im Rahmen des Grundgesetzes bewegen muss, ist selbstredend vorauszusetzen.

Mit Blick auf die staatlichen Ressourcen ist schließlich auch die Erhöhung der Haushaltsmittel für Gleichstellungspolitik generell sowie explizit für die Organisationen von Frauen in der Vielfalt ihrer Strömungen und Ausrichtungen zu fordern. Auch die finanzielle Ausstattung der Bundesstiftung Gleichstellung gehört in diesen Bereich.

Nicht zuletzt bildet das im Rahmen der Bundesstiftung angekündigte „Haus der Gleichstellung“, das vor allem neuen Initiativen und Organisationen zugutekommen soll, einen wichtigen Baustein. Denn zusätzlich zu Zeit und Geld sind gerade in einer Stadt wie Berlin, der Digitalisierung zum Trotz, nach wie vor reale Räume wichtig, um Austausch, Inspiration und Verständigung im Sinne der oben angesprochenen Bündnisfähigkeit zu ermöglichen.

DOI: 10.5771/1866-377X-2022-1-19

Feministische Räume bei Fridays for Future

Eingangsstatement auf dem Panel „Opening Spaces – Öffnung von Räumen für eine feministische Zivilgesellschaft“

Line Niedeggen

Studentin, Aktivistin bei Fridays for Future, Heidelberg

Mein Name ist *Line Niedeggen* und ich bedanke mich herzlich für die heutige Einladung hierher. Ich studiere Physik, habe also fachlich und theoretisch deutlich weniger Expertise im Thema der feministischen Zivilgesellschaft als meine Vorredner*innen. Allerdings bin ich auch Klimagerechtigkeitsaktivistin bei Fridays for Future und beschäftige mich dort jeden Tag mit feministischer Praxis.

Fridays for Future hat sich schon früh als feministische Gruppe bezeichnet, doch bis heute wird die Klimakrise selten in der Öffentlichkeit feministisch besprochen. Dabei verstehen wir uns nicht nur in unseren Strukturen aktiv feministisch, sondern auch in der Bekämpfung der Klimakrise.

Die Klimakrise ist ein Auswuchs diverser gesellschaftlicher Ungerechtigkeiten, historischer Unterdrückung und Ausbeutung von Mensch und Natur. Diese Gesellschaftskonstrukte, die beispielsweise misogyne Glaubenssätze aufrechterhalten, verschärfen außerdem die Ungerechtigkeiten in der Auswirkung der Klimakrise. Frauen, Lesben, inter, nicht-binäre, trans und agender Menschen (FLINTA*) sind überproportional stark von Klimakatastrophen betroffen. Sie haben weniger Ressourcen und Zugänge zu Bildung, Politik oder Kultur, die in Krisensituationen benötigt werden.

Mittlerweile steht sogar im Bericht des IPCC (Weltklimarat), dass FLINTA* in vielen Bereichen tragende Rollen übernehmen, um die Klimakrise zu bekämpfen – beispielsweise, weil viele Frauen weltweit für die Bebauung von Land verantwortlich sind oder Resilienz in ihren Gemeinschaften aufbauen.

Auch die Klimagerechtigkeitsbewegung wird von Frauen angeführt, nicht erst seit *Greta Thunberg* 2018 die Schulstreiks begründete, sondern vorher schon in unzähligen emanzipatorischen Kämpfen gegen Ausbeutung von Mensch und Natur. Die Industrien und Regierungen, die heute die Klimakrise befeuern, werden nicht erst seit den letzten zehn Jahren von weißen Männern geführt und fehlende Perspektiven verhindern inklusive, nachhaltige Entscheidungen.

Dafür lassen sich unzählige Beispiele finden, doch welchen Schluss ziehen wir aus dieser Feststellung? Die Bekämpfung von Diskriminierung ist essenzieller Bestandteil von Krisenprävention. Wenn wir wirklich dafür sorgen wollen, dass alle Menschen gleichberechtigt diese Welt mitgestalten können, ist reaktive Hilfe nur der letzte Schritt. Wir müssen darüber diskutieren, wie wir vergangene Ungerechtigkeiten wirklich ausgleichen können und zusätzlich in Zukunft faire Strukturen aufbauen. Diese Strukturen müssen es ermöglichen, besonders denjenigen, die bisher weniger haben, in Zukunft mehr Zugang zu Unterstützung zu schaffen, wo auch immer die nächste Klimakatastrophe wütet. Denn die Klimakrise wird zwar in der Naturwissenschaft gemessen und bewiesen, doch Lösungen können wir nur in den Antworten auf soziale und wirtschaftliche Fragen finden.

Wir protestieren auf der Straße, weil wir die Machtfrage stellen: Wer entscheidet hier über wen? Wieso haben wir kein Mitspracherecht? Wieso sind Menschen aus Ländern des Globalen Südens und FLINTA* auf Klimakonferenzen strukturell unterrepräsentiert? Wieso findet sich jetzt erst eine Debatte